

WILLKOMMEN ZUM AUSSERORDENTLICHEN WAHLPARTEITAG

Samstag, 14. Februar 2015
CERM Martigny
Beginn 11.00 Uhr

Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte. Diese muss zu Beginn des Parteitags am Eingang gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Parteitagsdelegierte müssen angemeldet und beim Zentralsekretariat registriert worden sein. Stellvertretungen sind nur in Absprache mit dem Zentralsekretariat möglich. Wir erinnern die Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten nur in Notfällen ersetzt werden können.

INHALTSVERZEICHNIS

Definitive Traktandenliste	2
Wichtige Hinweise zum Parteitag.....	4
Informationen zum Tagungsort.....	7
Geschäftsordnung für den Parteitag	9
Traktandum 3: Protokoll ordentlicher Parteitag 2014.....	11
Traktandum 5: Wahlplattform 2015.....	12
Traktandum 8: Ersatzwahl Vize-Präsidium SP Schweiz.....	19
Traktandum 9: Parolenfassung.....	20
Traktandum 10: Behandlung von weiteren anträgen.....	24

DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE

Samstag, 14. Februar 2015

Dauer: ca. 11.00 Uhr – 16.00 Uhr

- 11.00 1. Eröffnung des Parteitages**
Grussbotschaften:
Stéphane Rossini, Nationalratspräsident SP VS
Thomas Burgener, alt Staatsrat VS, Ständeratskandidat SP VS
- 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages**
2.1 Mitteilungen
2.2 Genehmigung der Geschäftsordnung
2.3 Genehmigung der Traktandenliste
2.4 Wahl der StimmenzählerInnen; der Mandatsprüfungskommission und des/der PräsidentIn des Wahlbüros
- 3. Protokoll ordentlicher Parteitag 28. Juni 2014 in Winterthur**
(auf dem Internet unter www.spschweiz.ch/parteitag abrufbar)
- 4. Rede Christian Levrat, Parteipräsident**
- 5. Wahlplattform 2015**
5.1 Diskussion und Detailberatung
Behandlung von Anträgen
5.2. Lancierung Mobilisierungskampagne
- 6. Auftritt Simonetta Sommaruga, Bundespräsidentin und Alain Berset, Bundesrat**
- 7. Kulturelles Intermezzo mit dem Duo Luna-tic**
- 8. Ersatzwahl Vize-Präsidium SP Schweiz**
- 9. Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März 2015**
- Volksinitiative der CVP „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“
Kurzreferat: Beat Jans, Nationalrat BS
- Volksinitiative der GLP „Energie- statt Mehrwertsteuer“
Kurzreferat: Roger Nordmann, Nationalrat VD

10. Behandlung von weiteren Anträgen und Resolutionen

10.1 A-1 Antrag der Geschäftsleitung auf Sistierung der Kindergutschrift-Initiative

10.2 A-2 Antrag der Geschäftsleitung auf Unterstützung Velo-Initiative von Pro Velo

Kurzreferat: Thomas Hardegger, Nationalrat ZH

16.00 11. Schluss / Ausklang / Apéro

WICHTIGE HINWEISE ZUM PARTEITAG

Organisation des Parteitags

- Leitung:
Christian Levrat / Andy Tschümperlin / Marina Carobbio / Leyla Gül / Barbara Gysi / Jacqueline Fehr / Géraldine Savary/ David Roth / Flavia Wasserfallen
- Organisation und Betrieb: Ladina Triaca
Kontakt: SP Schweiz, Parteitag, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern
Email: ladina.triaca@spschweiz.ch
Telefon: 031 329 69 69

Parteitagsunterlagen

Dieser Versand beinhaltet:

- Delegiertenkarte (nicht übertragbar – Mandat wird am Parteitag geprüft)
- die definitive Traktandenliste (Seite 2)
- die Geschäftsordnung für den ausserordentlichen Wahlparteitag 2015
- Wahlplattform (Traktandum 5)
- Anträge der Geschäftsleitung (Traktandum 10)
- Informationen zum Tagungsort (Seite 7 ff)
- Information zum Abendessen am Freitag 13. Februar 2015 (S. 6)

Delegiertenkarten

Die Delegiertenkarten werden mit diesem 2. Versand direkt den angemeldeten Delegierten zugestellt. Diese Mandatskarte muss am Parteitag am Empfang gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden.

Protokoll

Das Protokoll vom Parteitag vom 28. Juni 2014 in Winterthur wird am **16. Januar 2015 im Internet** veröffentlicht und kann unter www.spschweiz.ch/parteitag eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge und Resolutionen

1. Antragsfrist: 19. Dezember 2014 - ABGELAUFEN

2. Antragsfrist: 30. Januar 2015

Weitere Resolutionen und Anträge zu traktandierten Parteitagsgeschäften sowie zu den Abstimmungsparolen vom 8. März 2015 können **bis Freitag 30. Januar 2015, 12.00 Uhr im Zentralsekretariat eingereicht** werden. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und im Internet mit den Stellungnahmen der Geschäftsleitung ab Mittwoch 11. Februar 2015 um 10 Uhr veröffentlicht und in der Tischvorlage am Parteitag verteilt.

Alle Unterlagen bitte einreichen unter:
SP Schweiz, Parteitag, Postfach, 3001 Bern
parteitag-antrag@spschweiz.ch

Bitte Anträge und Resolutionen im Word-Format einreichen und nicht als PDF formatiert!

WICHTIG: Für Anträge zur Wahlplattform bitte Merkblatt (siehe Beilage) beachten.

Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird am **Mittwoch 11. Februar 2015 um 10 Uhr im Internet** veröffentlicht (www.spschweiz.ch/parteitag) und am Samstag, 14. Februar 2015 den Delegierten verteilt.

Wortmeldungen

Die Wortmeldezettel liegen am Parteitag beim Podium bereit. Sie müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt bei dem/der TagungssekretärIn vorne am Podium eingereicht werden. Unvollständig ausgefüllte Wortmeldezettel werden nicht berücksichtigt.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan Französisch/Deutsch und Deutsch/Französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. **Die Kopfhörer müssen unbedingt nach dem Parteitag wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.**

Verpflegung während des Parteitages

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Essensbuffet eingerichtet.

Information zum Abendessen am Freitag 13. Februar 2015

Am Freitag 13. Februar findet ein Abendessen für jene Delegierten und Gäste statt, welche schon am Vorabend des Parteitages anreisen. Es sind alle herzlich willkommen an diesem Essen teilzunehmen.

Um besser planen zu können, bitten wir euch um eine **Anmeldung unter abendessen@spschweiz.ch bis Freitag 6.2.2015.**

Bitte mit der Anmerkung, ob Menu mit oder ohne Fleisch gewünscht ist.

Ort: Salle communale, 1920 Martigny

Zeit: ab 18.30 Uhr

Kosten pro Person (selbst zu bezahlen):
CHF 40 (mit Alkohol), CHF 30 (ohne Alkohol)

Inklusive :
Walliser Fleischplättli oder Gemüse mit Dip
Raclette à discrétion
1 Flasche Weisswein für jeweils 4 Personen
Mineralwasser, Süssgetränke
Tee, Kaffee, Schnaps

INFORMATIONEN ZUM TAGUNGSRORT

Tagungsort und Anreise (siehe Plan nächste Seite!)

Der ausserordentlich Wahlparteitag findet im **Centre d'Expositions et de Réunion de Martigny (CERM)** statt.

Das CERM befindet sich an folgender Adresse :
Rue du Levant 91, Case postale 224, 1920 Martigny
Tél. +41 (0)27 722 00 34, www.fvsgroup.ch/de/cerm

Anreise mit dem Zug

Die Zugverbindungen mit den wichtigsten Schnell- und Intercityzügen sowie Regionalzügen nach Martigny sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter fahrplan.sbb.ch und beim Rail Service 0900 300 300 (CHF 1.19/Min).

Zu Fuss erreicht man das CERM vom Bahnhof SBB mit einem **Spaziergang in 10-15 Minuten**

Mit der **Regionalbahn RegionAlps** kann man ab SBB-Bahnhof von Martigny direkt zum CERM fahren – Halt auf Verlangen bei der **Haltestelle „Martigny CERM“** (siehe Situationsplan nächste Seite).

Anreise mit dem Auto

Direkte Zufahrt über die **Autostrasse A9, Ausfahrt Martigny Expo**
In der Nähe des CERM stehen genügend Gratis-Parkplätze zur Verfügung.

Hotelreservation

Da der ausserordentliche Wahlparteitag 2015 nur einen Tag dauert, hat die SP Schweiz keine Kontingente in den Hotels von Martigny reserviert. Falls jemand dennoch ein Hotel benötigt, bitten wir darum, sich direkt bei Martigny Tourismus zu informieren. Vielen Dank für euer Verständnis.

Kontakt:

Martigny Tourist Office

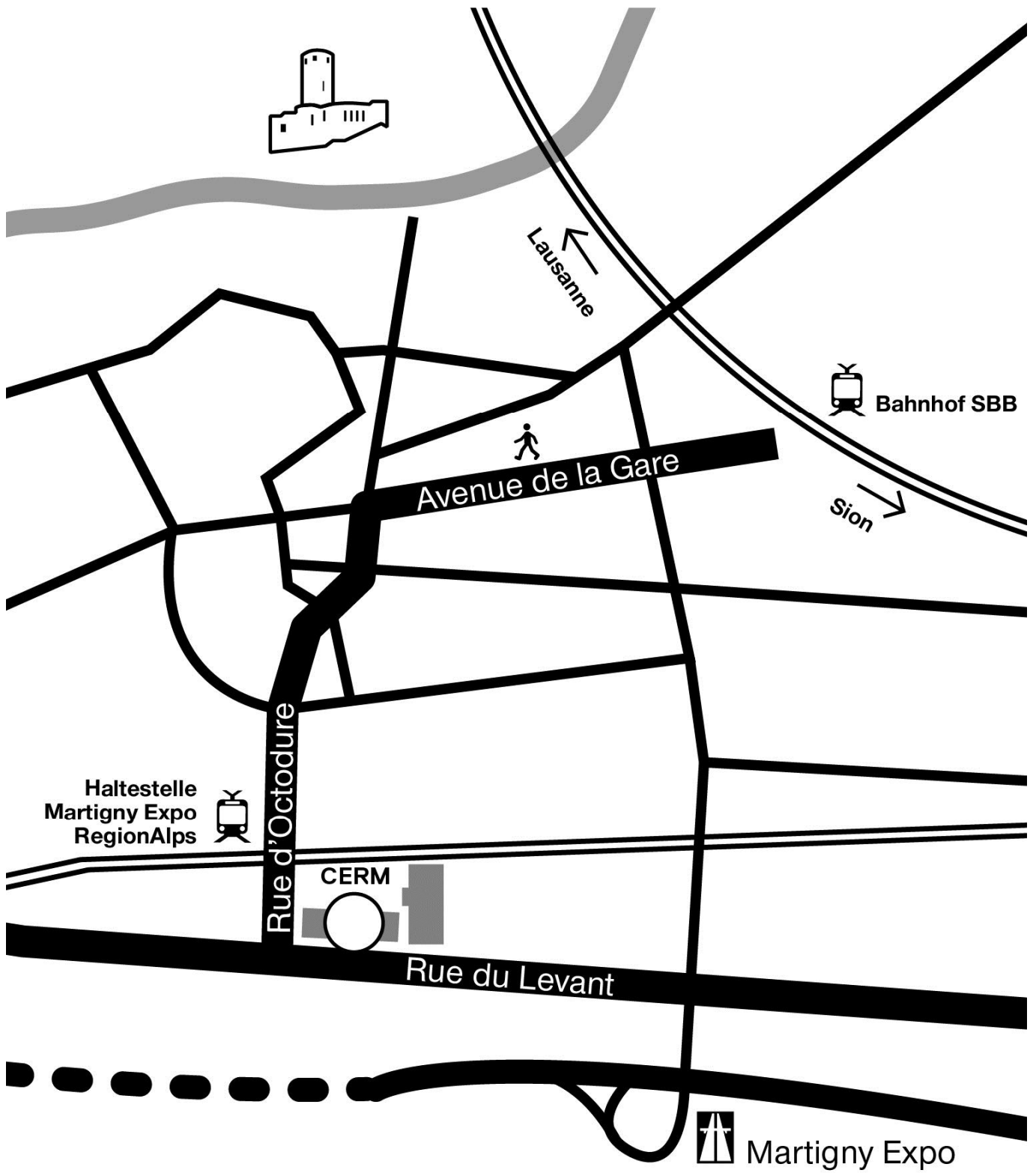
Avenue de la Gare 6, 1920 Martigny

+41 (0)27 720 49 49

+41 (0)27 720 49 48

www.martigny.com

Situationsplan



GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Art. 1 Eröffnungsgeschäfte

Unmittelbar nach der Eröffnung wählt der Parteitag

- die StimmenzählerInnen mit je einer/einem StellvertreterIn
- die Mandatsprüfungskommission
- den/die PräsidentIn des Wahlbüros, sofern erforderlich

Art. 2 Traktandierte Geschäfte und Anträge

Nach Art. 12, Ziff. 10 der Statuten darf der Parteitag nur traktandierte Geschäfte behandeln. Ausnahmen sind nur möglich, wenn zeitliche Dringlichkeit sowie ein entsprechender Antrag der Geschäftsleitung vorliegt. Sinngemäss kann nur über Anträge verhandelt werden, die sich auf traktandierte Geschäfte beziehen.

Art. 3 Resolutionen

Resolutionen müssen bis **Freitag 30. Januar 2015, 12.00 Uhr** im Zentralsekretariat eingereicht werden. Sie werden vom Zentralsekretariat übersetzt, im Internet ab Mittwoch 11. Februar ab 10.00 Uhr veröffentlicht und am Parteitag als Tischvorlage verteilt.

Art. 4 Redezeit

Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Die/der Vorsitzende kann Redezeitverlängerungen gewähren. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung hat die/der Vorsitzende über die Verlängerung das Plenum entscheiden zu lassen.

Art. 5 RednerInnen-Liste

DiskussionsrednerInnen melden sich schriftlich beim Kongresssekretariat. JedEr RednerIn kann zur gleichen Sache grundsätzlich das Wort nur einmal verlangen. Ein zweites Votum zur gleichen Sache kann nur mit Zustimmung der Versammlung erfolgen. RednerInnen, welche noch nicht gesprochen haben, haben den Vorrang. Ordnungsanträge können jederzeit eingebracht werden.

Art. 6 Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme der Geschäftsleitung wird unmittelbar abgestimmt.

Art. 7 Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der RednerInnenliste und der Debatte

Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der RednerInnenliste und solche auf Schluss der Debatte sind als Ordnungsanträge zu behandeln. Vor der Abstimmung wird die Liste der noch gemeldeten Redne-

rInnen bekanntgegeben. Beschliesst der Parteitag Schluss der Debatte, so haben die ReferentInnen ein Schlusswort.

Art. 8 Ausmehrung

Für Abstimmungen gilt das einfache Mehr. Bei Stimmengleichheit gibt die/der Vorsitzende den Stichentscheid.

Der/die Vorsitzende lässt die Stimmen auszählen, wenn die Mehrheit nicht eindeutig auszumachen ist oder wenn die Auszählung aus der Mitte der Versammlung verlangt wird.

Art. 9. Wahlen: Allgemein

Die Wahlen finden in der Regel offen statt. Der Parteitag kann geheime Wahl beschliessen. Bei Einerwahlen gelten in den ersten beiden Wahlgängen das absolute Mehr, beim dritten das relative.

Das Wahlbüro besteht aus dem/der PräsidentIn des Wahlbüros und den StimmenzählerInnen.

Art. 9.1 Wahlen: Ungültige Stimmen

Ungültige Stimmen sind solche, die

- a) nicht auf Namen lauten, welche als Nominierungen vor dem Wahlgang schriftlich eingereicht und dem Parteitag bekanntgegeben wurden;
- b) mehrmals auf derselben Liste vorkommen (Kumulationen);
- c) unleserlich oder unsinnig sind;
- d) leer sind.

Art. 10 Verhandlungsführung

Die/der Vorsitzende wacht darüber, dass die Verhandlungen ruhig und sachlich geführt werden. Sie/er ruft unsachliche RednerInnen zur Ordnung. Wer absichtlich die Verhandlungen stört, kann nach zweimaligem Ordnungsruf auf Antrag der/des Vorsitzenden durch Versammlungsbeschluss aus dem Saal gewiesen werden.

Art. 11 Sprachen

JedEr RednerIn kann sich einer Landessprache bedienen. Die auf der Traktandenliste enthaltenen Anträge der Geschäftsleitung werden dem Parteitag deutsch und französisch vorgelegt. Referate und Voten werden simultan auf Französisch und Deutsch übersetzt.

Art. 12 Beschlussprotokoll

Über die Verhandlungen des Parteitages wird ein Beschlussprotokoll geführt. Die Verhandlungen werden auf DVD aufgezeichnet und archiviert.

TRAKTANDUM 3: PROTOKOLL ORDENTLICHER PARTEITAG 2014

Genehmigung des Beschluss-Protokolls des ordentlichen Parteitages vom 28. Juni 2014 in Winterthur. Dieses kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

TRAKTANDUM 5: WAHLPLATTFORM 2015

WICHTIG: Für Anträge zur Wahlplattform bitte Merkblatt (siehe Beilage) beachten.

Die Schweiz ist dann stark, wenn es allen gut geht – und nicht nur ein paar wenigen. Jede Einwohnerin, jeder Einwohner dieses Landes hat ein Recht auf Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Wenn es allen gut geht, geht es allen besser. In der Schweiz. In Europa. Auf der ganzen Welt.

Weltweit wird die Schweiz anerkannt als Hüterin von Frieden, Sicherheit und Stabilität. Das ist ganz wesentlich ein Verdienst der SP, die seit 125 Jahren für Gerechtigkeit kämpft in unserem Land. Denn ohne Gerechtigkeit – das zeigt die Geschichte der Menschheit – können Frieden und Sicherheit keinen Bestand haben. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die AHV erkämpft. Wir haben die Mutterschaftsversicherung erkämpft, ebenso das Frauenstimmrecht und gute Arbeitsbedingungen durch Gesamtarbeitsverträge.

Diesen Errungenschaften, auf die wir mit Recht stolz sind, droht Gefahr von rechts. Eine Clique von Superreichen und Neoliberalen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Schweiz, wie wir sie kennen, zu demontieren. Geht es nach ihrem Willen, sollen Freiheit, Wohlstand und Demokratie kein Menschenrecht mehr sein, sondern eine schlichte Handelsware – und letztlich das Privileg des Meistbietenden. Diese Geldaristokratie akzeptiert nur ein Gesetz: Das Faustrecht, das Recht des Stärkeren. Deshalb macht sie unseren Staat lächerlich. Deshalb untergräbt sie unsere Demokratie. Und deshalb kämpft sie gegen Europa und treibt unser Land international in die Isolation.

Die Schweiz aber ist keine Insel, zum Glück nicht. Wir brauchen und wollen gute Beziehungen zu Europa. Alle Menschen in unserem Land sind heute eng vernetzt mit Europa – wirtschaftlich und technisch sowieso, aber auch kulturell, sozial und emotional. Das ist eine Tatsache. Und Eines dürfen wir nicht vergessen: Die europäische Integration ist ein grosses Friedenswerk. Ein Rückfall in nationalistische Zeiten würde über kurz oder lang in den Krieg führen.

Nicht nur Europa, auch internationale Gremien stärken Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Die SP setzt sich für eine aktive Rolle der Schweiz in

der Welt ein, damit die Menschenrechte überall respektiert, die Entwicklungschancen überall gegeben und soziale Gerechtigkeit weltweit gefördert werden. Deswegen engagieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns tagtäglich für eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft. Migration bringt Vielfalt und Vielfalt ist eine Stärke; eine Triebfeder des Fortschritts, von denen nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Gemeinschaft als kulturelles und soziales Gefüge profitiert. Wir verteidigen den Sozialstaat und die humanitäre Tradition unseres Landes und wir entwickeln sie weiter. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann – sei es in Wahlen und Abstimmungen oder im Betrieb. Wir kämpfen für Demokratie in sämtlichen Lebensbereichen, für sichere Renten, faire Löhne, echte Gleichstellung und bezahlbaren Wohnraum. Denn wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen – egal welcher Herkunft – ein selbstbestimmtes, gutes Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür steht die SP ein.

10 PROJEKTE FÜR EINE GERECHTE, OFFENE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

1) Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen.

Seit 33 Jahren ist in der Verfassung verankert, dass Frauen und Männer Anspruch auf den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Doch seit 33 Jahren wird dieses Prinzip mit Füßen getreten. Frauen verdienen durchschnittlich 20 Prozent – knapp 700 Franken – pro Monat weniger als Männer. Der Versuch, die Lohngleichheit mit freiwilligen Massnahmen zu erreichen, ist gescheitert. Hier muss die Politik nachhelfen, da es die Wirtschaft offensichtlich nicht alleine schafft. Die SP fordert klare gesetzliche Grundlagen und griffige Massnahmen, um die Lohngleichheit zu gewährleisten und der täglichen Diskriminierung der Hälfte der Bevölkerung ein Ende zu setzen. Wir fordern ein Lohnmonitoring mit verbindlichen Zielvorgaben und Sanktionsmöglichkeiten.

Ebenfalls kämpft die SP für die Einführung von Gesamtarbeitsverträgen in sämtlichen Branchen. GAV regeln den Mindestlohn, die Lohnentwicklung, Möglichkeiten für Weiterbildung oder die Arbeitszeit. Sie bieten Schutz und sind Garant dafür, dass am Arbeitsplatz faire Bedingungen gelten. Leider sind bis heute nur etwa die Hälfte aller Berufstätigen von einem GAV geschützt. Dies wollen wir ändern.

2) Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnraum garantieren bezahlbare Wohnungen für alle.

In den Städten und Agglomerationen explodieren die Wohnungspreise, private Investoren und Immobilienfirmen schlagen daraus Profit. Viele Mieterinnen und Mieter sind beim Wohnungswechsel exorbitanten und ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen ausgeliefert. Auf ihrem Buckel machen die Immobilienkonzerne Rekordprofite. Gleichzeitig werden für solche Konzerne die Steuern gesenkt, was zu Defiziten bei Gemeinden und Kantonen führt – diese werden dann mit Abbauprogrammen kompensiert, unter denen alle zu leiden haben.

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu erhalten, setzt sich die SP deshalb dafür ein, dass der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert wird. Neu soll in jeder Gemeinde ein Mindestanteil des Wohnungsbestands nach Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet werden. Bei Neueinzonungen und Neubauprojekten muss mindestens 30 Prozent der anzurechnenden Geschossflä-

che für den preisgünstigen Wohnungsbau reserviert werden, der an Genossenschaften geht oder in der öffentlichen Hand bleibt. Attraktive Wohnmodelle in den Zentren schaffen bezahlbaren Wohnraum für alle und helfen die anhaltende Zersiedlung zu stoppen.

3) Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde.

Die SP ist die Partei, die sich seit Jahrzehnten für ein würdiges Alter einsetzt. Dazu gehören neben Partizipation und Selbstbestimmung auch die finanzielle Absicherung im Alter durch unsere Altersvorsorge sowie bezahlbare Pflege- und Unterstützungsangebote. Ebenso wichtig ist ein fruchtbarer und gelebter Austausch der Generationen, damit Solidarität entstehen und fortbestehen kann.

Die grösste soziale Errungenschaft und ein wichtiges Element für die Sicherheit im Alter bildet unsere AHV. Die Bundesverfassung verlangt, dass die Renten der AHV und der Pensionskasse zusammen die „Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise“ gewährleisten müssen. Doch heute wird dieses Ziel bei zu vielen Menschen nicht mehr erreicht – die AHV soll ausgehöhlt werden, der Druck auf die zweite Säule steigt. Doch entgegen aller Behauptungen: Ob sich die Schweiz eine menschenwürdige Altersvorsorge für alle leisten kann, ist nicht primär eine Frage der Altersentwicklung oder des Umwandlungssatzes, sondern des politischen Willens und der Verteilungsgerechtigkeit. Mit der AHV verfügen wir über das ideale System, um die gesellschaftliche Solidarität jenseits der Zwänge der Kapitalmärkte wieder zu stärken. Die Renten der AHV müssen um 10 Prozent erhöht werden. Deshalb unterstützt die SP Schweiz die AHVplus-Initiative.

4) Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.

Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Können jeden Tag Wohlstand schaffen und zum Fortschritt der Schweiz beitragen. Dafür brauchen sie anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz. Doch gerade ältere Arbeitnehmende zwischen 50 und 65 Jahren werden zunehmend von jüngeren, günstigeren Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – und enden unverschuldet in der Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Situation ist unhaltbar. Die SP fordert eine Weiterbildungsoffensive, die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen und einen aus-

gebauten Kündigungsschutz, der zwingend einer Begründungspflicht bedarf. Menschen sind mehr als Kostenfaktoren und dürfen nicht grundlos auf die Strasse gestellt werden.

5) Die Börsensteuer stoppt unsinnige Spekulationen und stabilisiert den Finanzmarkt.

Die Rettung der Grossbanken hat die Steuerzahlenden Milliarden gekostet – ohne dass dies Auflagen oder andere Konsequenzen für die Verantwortlichen zur Folge hatte. Diese zahlten sich stattdessen noch im gleichen Jahr wieder Löhne und Boni in Millionenhöhe aus. In dieser „too big to fail“-Logik ist es eine Frage der Zeit, bis die Banken wieder gerettet werden müssen.

Ein Grossteil der täglichen Milliardenumsätze der Grossbanken stammt von computerinitiierten Transaktionen, die allein das Ziel verfolgen, mit gigantischen Volumen von minimalen Kursdifferenzen zu profitieren. Solche Transaktionen bringen keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern heizen die Spekulation an und destabilisieren so den Finanzmarkt.

Die SP kämpft für die Einführung einer Börsensteuer, auch bekannt als Tobin Tax oder Finanztransaktionssteuer, die solche sinnlosen Käufe und Verkäufe im Sekundentakt unterbindet. Diese Steuer bremst nicht nur unsinnige und gefährliche Spekulationen, sondern generiert auch Steuermittel bei einer Branche, die als eine der wenigen von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist.

6) Die flächendeckende Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen führt zu mehr Chancengerechtigkeit.

Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Bildung. Dieses Recht darf weder vom Portemonnaie der Eltern, von der Herkunft noch vom Wohnort abhängen. Umgesetzt im Alltag ist das Prinzip jedoch nicht: In der Schweiz haben Kinder von gut situierten Eltern bessere Bildungschancen.

Chancengerechtigkeit ist für die SP Schweiz ein Ziel, auf das wir tagtäglich hin arbeiten. Wir kämpfen in den Gemeinden, den Kantonen und auch auf nationaler Ebene für genügend Ressourcen für die öffentliche Schule. Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerschaft, die Schulinfrastruktur und die Aus- und Weiterbildung liegen uns am Herzen. Ein wichtiges Element dieser Chancengerechtigkeit ist die Schaffung eines flächendeckenden Tagesschulangebots. Denn die Schule der Zukunft ist mehr als das Aneinanderreihen von Unterrichtslektionen: Die Aufteilung zwischen Betreuungsangeboten und Schule muss über-

wunden werden, weil sie die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung zementiert. Tagesstrukturen bilden eine wichtige Grundlage für die Chancengerechtigkeit und fördern alle Kinder optimal. Von guter Bildung für alle profitiert die ganze Schweiz.

7) Kindergutschriften sorgen für eine echte Entlastung der Familien.

Die Familie ist und bleibt für viele Menschen die wichtigste und am direktesten erfahrbare Form der Gemeinschaft. Doch auch sie ist vielfältigen Veränderungen unterworfen und „die Familie“ ist heute ein Begriff, der eine Vielzahl an Lebensformen beinhaltet. Die SP ist die Partei, welche sich immer konsequent für die Anliegen der Alleinerziehenden und gegen die Diskriminierung von Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingesetzt hat.

Verändert hat sich auch, dass gegenüber den Zeiten des „Einverdienermodells“ Frauen an Möglichkeiten zur beruflichen Teilhabe und Entwicklung gewonnen haben. Dies macht es häufig notwendig, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Es fehlt vielerorts an öffentlicher Infrastruktur wie Kitaplätzen, Möglichkeiten für Teilzeitarbeit für beide Elternteile oder einem Elternurlaub. Oft braucht es mehr als einen vollen Lohn, um als Familie ein würdiges Leben führen zu können. Es ist deshalb falsch und ungerecht, wenn über Kinderabzüge in Milliardenhöhe vor allem reiche Familien entlastet werden. Die SP fordert, dieses System mit einem einfachen und vor allem gerechten Gutschriftsystem zu ersetzen: eine Gutschrift für jedes Kind.

8) Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen.

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr ungebremst weiter – nicht zuletzt angetrieben vom Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Für immer mehr Normalverdiener-Haushalte sind sie zu einer finanziellen Last geworden, die kaum mehr zu stemmen ist. Mit diesem rapiden Prämienanstieg haben die Prämienverbilligungen nicht Schritt gehalten, im Gegenteil: Einige Kantone haben die Prämienverbilligungen im Rahmen ihrer Sparprogramme sogar massiv zusammengestrichen. Diese Entwicklung, die vor allem Haushalte mit mittleren Einkommen belastet, muss gestoppt werden. Die SP will deshalb das System der individuellen Prämienverbilligung anpassen und ausdehnen: Das Ziel muss sein, dass die Prämienlast höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens entspricht. Eine höhere Belastung ist unerträglich und unzumutbar.

9) Eine verkehrsberuhigte Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde für mehr Lebensqualität für alle.

Mobilität ist eine Errungenschaft, ein Freiheitsversprechen. Gleichzeitig ist sie eine riesige Herausforderung, mit entscheidenden Konsequenzen für unsere Lebensqualität. Eine neue Vision der Mobilität ist nötig; eine Vision, welche den unterschiedlichen Bedürfnissen und Voraussetzungen in ländlichen und urbanen Gebieten gerecht wird. Eine attraktive Postauto-Verbindung bietet eine Alternative für Automobilisten im ländlichen Raum. Stundenlanges Pendeln, täglicher Stau, überfüllte S-Bahnen, Busse oder Trams prägen das tägliche Pendlerleben in den Agglomerationen. Diesen Problemen begegnen wir nicht mit neuen Strassen, sondern mit einem attraktiven und gut ausgebauten ÖV-Netz. Damit wird der öffentliche Raum in den Zentren und Agglomerationen wieder frei für den Fuss- und Veloverkehr, für Begegnungen und Gespräche. So können sich alle sicher bewegen und wohl fühlen, die Luftqualität wird erhöht und die Lärmemissionen werden reduziert – mit mehr Lebensqualität für alle.

10) Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft.

Die Schweizer Energiepolitik ist nicht nachhaltig und macht uns abhängig von Importen von Öl und Gas, die oft aus politisch instabilen Ländern stammen. Zudem hat die Katastrophe von Fukushima einmal mehr deutlich gemacht, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien rasch und dringend notwendig ist. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir endlich die Chance, eine solche Energiewende einzuleiten und uns aus dieser auch für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien. Technisch ist der Umstieg zu bewältigen. Ausserdem schafft der Einstieg in ein erneuerbares Energiezeitalter tausende von sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen. Es ist jetzt die Aufgabe der Politik, den grossen Energiekonzernen verbindliche Vorgaben zu machen, nachdem die Zeit der Freiwilligkeit gescheitert ist. Die Vollversorgung mit Energie aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Geothermie kann bis 2050 realisiert werden – alles, was es dazu braucht, ist Druck, Beharrlichkeit und unsere Unterstützung.

TRAKTANDUM 8: ERSATZWahl VIZE-PRÄSIDIUM SP SCHWEIZ

David Roth hat Anfang Dezember bekannt gegeben, dass er auf den Parteitag 2015 als Vize-Präsident der SP Schweiz zurücktreten wird. Dieser Sitz im Präsidium der SP Schweiz wird am 14. Februar am Parteitag in Martigny gewählt.

Fragen und/oder Bewerbungen können unter parteitag@spschweiz.ch bis spätestens 30. Januar 2015 eingereicht werden.

TRAKTANDUM 9: PAROLENFASSUNG

Volksinitiative der CVP „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“

Ausgangslage:

Am 5. November 2012 wurde die Initiative mit 118 425 gültigen Unterschriften eingereicht. Die CVP Schweiz möchte mit ihrer Volksinitiative nach eigenem Bekunden zusätzliche Vergünstigungen für Familien mit Kindern schaffen. Zu diesem Zweck wird die steuerliche Freistellung der Kinder- und Ausbildungszulagen gefordert. Konkret verlangt die Initiative folgende Ergänzung von Artikel 116 der Bundesverfassung: „*Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei*“. Gemäss Botschaft des Bundesrates würde die geforderte Massnahme bei Bund und Kantonen zu Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken führen. Der Nationalrat empfahl am 4. Juni 2014 mit 131 zu 39 Stimmen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Auch der Ständerat folgte der gleichlautenden Haltung des Bundesrates am 26. September 2014 mit 32 zu 13 Stimmen.

Würdigung der Initiative:

Die Initiative würde von der CVP als Wahlkampf-Instrument zusammen mit der zweiten Initiative gegen die sogenannte Heiratsstrafe lanciert. Denn die Steuerbefreiung von Familienzulagen mag auf den ersten Blick grundsätzlich attraktiv und familienfreundlich erscheinen. Doch auf Bundesebene würden aufgrund der Progression nur der obere Mittelstand und hohe Einkommen von der Massnahme profitieren. Jenen 50 Prozent der Familienhaushalte aber, die bereits heute keine direkte Bundessteuer bezahlen, würde die Initiative überhaupt nicht zugutekommen, obwohl gerade sie es nötig hätten. Die Gegenfinanzierung wiederum würden sie in Form von Sparmassnahmen andernorts sehr wohl zu spüren bekommen, sodass diese Initiative eine weitere Umverteilung von unten nach oben bringen würde.

Schlicht ausgeblendet wird von den Initianten, dass Kinderzulagen ein durch den Arbeitgeber bezahlten Lohnbestandteil darstellen und daher keiner steuerliche Sonderbehandlung erfahren darf. So wie der Initiativtext formuliert ist, könnten findige Arbeitgeber die Kinderzulagen ihrer Mitarbeitenden zulasten des eigentlichen Salärs massiv erhöhen und ihnen somit einen möglichst hohen steuerfreien Lohnanteil gewähren.

Fazit:

- Die Initiative ist ein Etikettenschwindel, da die Massnahme aufgrund der bestehenden steuerlichen Entlastung vieler Familienhaushalte und der Progression der direkten Bundessteuer zu einer durch die Allgemeinheit finanzierten Entlastung der oberen Einkommen führt.
- Steuerabzüge und die Steuerbefreiung von Kinderzulagen sind für eine Familienpolitik für alle statt für wenige untauglich. Statt einer Steuerbefreiung der Kinderzulagen wird die SP Alternativkonzepte wie Gutschriften weiterverfolgen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die Volksinitiative "Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen" zur Ablehnung empfohlen.

Volksinitiative der GLP „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Ausgangslage:

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wurde am 17. Dezember 2012 mit 108'018 gültigen Unterschriften von der Grünliberalen Partei (GLP) eingereicht. Sie verlangt die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs soll durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Der Ständerat empfahl die Initiative am 17. Juni 2014 mit 34 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zur Ablehnung. Der Nationalrat folgte dieser Einschätzung, die auch vom Bundesrat geteilt wird, am 25. September 2014 mit 160 zu 27 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Würdigung der Initiative:

Die Initiative wurde von der GLP als Wahlkampfinstrument lanciert und was auf den ersten Blick als zukunftsweisende Strategie erscheint, ist finanzpolitisch gefährlich und zudem wenig sozial. Mit der Mehrwertsteuer soll aufgrund der Initiative nämlich die wichtige und sichere Einnahmequelle des Bundes ohne Not gestrichen werden. Die Volksinitiative, die hier vorgeschlagen wird, hat einen fatalen Konstruktionsfehler: Sie macht die Staatsfinanzen ausgerechnet von dem abhängig, was man überwinden will.

Wenn die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer ersetzt wird, dann wird rund ein Drittel der Steuereinnahmen an den Konsum von umweltschädlichen Energiequellen gebunden.

Die Mehrwertsteuer wird aber zunehmend wichtiger für die Finanzierung der Sozialversicherungen. So soll im Rahmen der Altersvorsorge 2020 die Mehrwertsteuer zusätzlich für die AHV herangezogen werden. Obwohl im Gegensatz zur direkten Bundessteuer nicht progressiv ausgestaltet, schneidet die Mehrwertsteuer vergleichsweise günstig ab, wenn Ziele wie Effizienz, Einfachheit, Transparenz und Verteilung gegeneinander abgewogen werden. Sie stellt eine sinnvolle Ergänzung zur Einkommenssteuer dar.

Da die in der Initiative verlangte Energiesteuer ein Leistungsziel – Reduktion des Energiekonsums – verfolgt, müsste zur Erhaltung dieses Ziel der Steuersatz permanent erhöht werden oder den Steuersatz so tief angesetzt werden, dass sie ihr Ziel nicht erreicht. Beides macht wenig Sinn.

Aus sozialdemokratischer Sicht kommt ein entscheidender Punkt hinzu: Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch die regressive Energiesteuer – die Kosten für

Energie machen bei tieferen Einkommen einen grösseren Anteil aus – würde Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belasten.

Fazit:

- Fehlüberlegung: Würde die Energiesteuer wirken und der fossile Verbrauch schrumpfen, hätte das eine schleichende Schrumpfung des gesamten Steueraufkommens – und damit unweigerlich Sparprogramme zur Folge.
- Unsozial: Mit dieser Initiative würde der energiepolitische Umbau auf dem Rücken der Einkommensschwachen realisiert, weil die Energiesteuer anstelle der Mehrwertsteuer tiefe Einkommen finanziell deutlich härter treffen würde.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» zur Ablehnung empfohlen.

TRAKTANDUM 10: BEHANDLUNG VON WEITEREN ANTRÄGEN

A-1 Geschäftsleitung SP Schweiz

Antrag zur Kindergutschrift-Initiative

Bereits zweimal haben sich die Delegierten der SP Schweiz mit grossen Mehrheiten für eine zeitgemässe und progressive Familienpolitik ausgesprochen indem das ungerechte System der Kinderabzüge durch ein faires und einfaches Gutschriftsystem für jedes Kind ersetzt werden soll. Jedes Kind, unabhängig von Lebensform und Einkommen, soll eine Gutschrift erhalten. Im Gegenzug würden die Kinderabzüge abgeschafft, welche höhere Einkommen massiv stärker entlasten als alle anderen. Von diesem Systemwechsel würden denn auch Eltern mit mittlerem und tiefem Einkommen massiv profitieren und eine spürbare Entlastung des Haushaltseinkommens erfahren: Das Resultat wäre eine gerechte Familienförderung unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Bereits die Ankündigung einer so genannten Kindergutschrift-Initiative der SP hat sowohl in den Reihen der politischen Mitteparteien wie auch mit Hilfe der Wirtschaftskommission des Nationalrates im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) Druck und eine gewisse Öffnung gegenüber dem Anliegen erzeugt. Im Januar wird ein umfangreicher Bericht aus dem EFD erwartet, welcher umfassendes Zahlenmaterial liefern und die Möglichkeiten und Auswirkungen eines Systemwechsels auf Gutschriften aufzeigen soll.

Der Zeitpunkt einer Lancierung der Kindergutschrift-Initiative im Frühjahr 2015 ist jedoch aus verschiedenen Gründen ungünstig:

- Die Abstimmung vom 8. März zur CVP-Initiative (siehe auch Dokument zur Parolenfassung auf S. 20) hat einen entscheidenden Einfluss auf die Möglichkeit, die Diskussion eines grundlegenden Systemwechsels zu verwirklichen. Wir müssen für eine deutliche Niederlage dieser Initiative kämpfen, damit das bestehende System nicht noch ungerechter wird und sich neue politische Spielräume eröffnen.
- Die SP muss die Chance jetzt nutzen mit den politischen Kräften, die sich in den letzten Wochen aufgrund der Ankündigung der Initiative und des Berichts aus der Verwaltung für einen Systemwechsel von Kinderabzügen zu Kindergutschriften offen gezeigt haben, das Anliegen auf parlamentarischem Weg zu verwirklichen.

- Die Datenbasis für genauere Berechnungen der Auswirkung in den Kantonen wird erst mit dem Bericht des EFD vorliegen.

Die Geschäftsleitung ist der Auffassung, dass die SP Schweiz die CVP-Familieninitiative vom 8. März, welche ein Milliardengeschenk für reiche Familien bringen würde, entschieden bekämpfen muss. Zudem sollen vor einer definitiven Lancierung einer Volksinitiative die Zahlen des EFD-Berichts ausgewertet und der parlamentarische Weg ausschöpft werden. Die Geschäftsleitung unterstützt verschiedene Kantonalparteien, welche die Forderung eines Gut-schriftsystems auf kantonaler Ebene (wie bereits in St. Gallen, Fribourg und Schwyz) per Initiative oder parlamentarischem Vorstoss vorantreiben möchten. Die Geschäftsleitung wird 2016 eine Analyse machen und die Lancierung einer Initiative wieder diskutieren und einen allfälligen Entscheid an einen Parteitag bringen.

Antrag der Geschäftsleitung:

Die Lancierung der Kindergutschrift-Initiative soll sistiert und das Anliegen auf einen Systemwechsel bei der Familienfinanzierung vorerst auf parlamentarischem Weg (Kantone und Bund) weiterverfolgt werden.

A-2 Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz Antrag zuhanden Parteitag „Mitunterstützung Velo-Initiative“

Pro Velo Schweiz lanciert im Frühjahr 2015 zusammen mit weiteren Organisationen¹ die sogenannte Velo-Initiative. Die Förderung des Velos soll auch als Verfassungsaufgabe festgehalten werden, indem der bestehende Artikel 88 Bundesverfassung zu Fuss- und Wanderwegen ergänzt resp. abgeändert werden soll. Das Ziel eines Velo-Artikels in der Verfassung ist die verstärkte Förderung des Velofahrens durch Kantone und Gemeinden mit Unterstützung des Bundes.

Initiativtext (Stand Einreichung bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung)

Eidgenössische Volkinitiative „Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)“

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 88 Fuss-, Wander- und Velowege

¹ Der Bund legt Grundsätze über Fuss- und Wanderwegnetze und über Netze für den Alltags- und Freizeit-Veloverkehr fest.

² Er fördert und koordiniert Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage, Erhaltung und Kommunikation attraktiver und sicherer Netze; dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.

³ Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf solche Netze. Muss er dazugehörige Wege aufheben, so ersetzt er sie.

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz ist überzeugt, dass eine verstärkte Förderung des Velofahrens einen wichtigen Beitrag zu einer umweltschonenden, zukunftsfähigen, günstigen und gesunden Mobilität beitragen kann und empfiehlt die Mitunterstützung der „Velo-Initiative“.

Antrag der Geschäftsleitung:

Mitunterstützung der Velo-Initiative durch die SP Schweiz und Beitritt im Trägerverein.

¹ VCS, Fussverkehr Schweiz, Schweizer Wanderwege, umverkehR, Swiss Cycling, Verlag Velojournal, ÄrztInnen für Umweltschutz, WWF, Velosuisse, SES, Verein Freipass